

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 05 | 04.02.2022

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

PLATZ FÜR DICH!

PRAKTIKUM ÖFFENTLICHE VERWALTUNG FÜR STUDIERENDE DER RECHTS- WISSENSCHAFTEN

Der Fachbereich Öffentliches Recht bietet in Kooperation mit dem Land Oberösterreich und der Landeshauptstadt Linz im Rahmen des Studienschwerpunkts Öffentliche Verwaltung des Diplomstudiums Rechtswissenschaften interessierten Studierenden die Möglichkeit eines qualitativ hochwertigen, dreimonatigen Praktikums beim Land Oberösterreich (Bezirkshauptmannschaften in Linz und ganz Oberösterreich) oder bei der Landeshauptstadt Linz (Magistrat)..!

Alle Informationen zur Stellenausschreibung und Bewerbung finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBI I 1/2022](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung** des **§ 4 Abs 3** des **Ausländerbeschäftigungsgesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof (Verstoß gegen Rechtsstaatsprinzip)

[BGBI I 2/2022](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die **Aufhebung** des **§ 34** des **Verfassungsgerichtshofgesetzes** 1953 durch den Verfassungsgerichtshof (Verstoß gegen Gleichheitsgrundsatz und Rechtsstaatsprinzip)

[BGBI II 32/2022](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der die Verordnung, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 **besondere Vorkehrungen in Strafsachen** getroffen werden, geändert wird

[BGBI II 33/2022](#)

Verordnung, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Justiz über **besondere Vorkehrungen im Anwendungsbereich des Strafvollzugsgesetzes** zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird

[BGBl II 34/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, erlassen wird (**4. COVID-19-Maßnahmenverordnung** – 4. COVID-19-MVO) und die 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-MVO)

[BGBl II 35/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **ELGA-Verordnung** 2015 geändert wird (ELGA-Verordnungsnovelle 2021)

[BGBl II 38/2022](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (2. Novelle zur **4. COVID-19-Maßnahmenverordnung**)

[BGBl III 9/2022 \(Anlage\)](#)

Luftverkehrsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der **Republik Panama**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 19 v 28.01.2022, 1](#)

Verordnung (EU) 2022/111 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Januar 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/216 hinsichtlich des **Zollkontingents** der Union für **hochwertiges Rindfleisch aus Paraguay**

[ABI L 19 v 28.01.2022, 3](#)

Verordnung (EU) 2022/112 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Januar 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/746 hinsichtlich der Übergangsbestimmungen für bestimmte **In-vitro-Diagnostika** und des späteren Geltungsbeginns der **Bedingungen für hausinterne Produkte**

[ABI L 20 v 31.01.2022, 1](#)

Verordnung (EU) 2022/123 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Januar 2022 zu einer verstärkten Rolle der **Europäischen Arzneimittel-Agentur** bei der **Krisenvorsorge** und -bewältigung in Bezug auf **Arzneimittel und Medizinprodukte**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

22.09.2021, [E 2447/2021 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** hinsichtlich der Nichtzuerkennung des Status der **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend eine Familie mit vier minderjährigen Kindern von Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit deren finanziellen Mitteln, insbesondere mit der Möglichkeit der Veräußerung von Familienbesitz

06.10.2021, [E 2642/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status **subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie von Staatsangehörigen des Irans; mangelhafte Auseinandersetzung mit den Länderberichten: keine Deckung der Annahme, dass keine Gefährdung vorliege und eine ausreichende Grundversorgung bestehe, durch die lediglich oberflächlichen Ausführungen zur Situation im Herkunftsstaat

29.11.2021, [E 3669/2021](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

29.11.2021, [E 3533/2021](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

29.11.2021, [E 3194/2021](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

29.11.2021, [E 3025/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich äußerst rasch ändernden Situation betreffend die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung und ihren Truppen; mangelhafte Prüfung der laufenden Entwicklung bei extremer Volatilität der Sicherheitslage auch in Orten der innerstaatlichen Fluchtalternative; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten

29.11.2021, [E 2795/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich äußerst rasch ändernden Situation betreffend die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung und ihren Truppen; mangelhafte Prüfung der laufenden Entwicklung bei extremer Volatilität der Sicherheitslage auch in Orten der innerstaatlichen Fluchtalternative; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten

29.11.2021, [E 2517/2021 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status **subsidiär Schutzberechtigter** betreffend eine Familie von Staatsangehörigen des Iraks; keine Auseinandersetzung mit Länderberichten des UNHCR, insbesondere im Hinblick auf das besondere Risikoprofil der Bf sowie die sichere Erreichbarkeit der Herkunftsregion

30.11.2021, [E 3746/2021](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigter** betreffend einen Staatsangehörigen des Iraks; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich

aus den Länderberichten ergebene Sicherheitslage in der Herkunftsprovinz und mangelnde Auseinandersetzung mit dem Bestehen einer innerstaatlichen Fluchtalternative

30.11.2021, [E 3357/2021](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

30.11.2021, [E 3261/2021](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Leben** und im **Recht, nicht der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen zu werden** durch die Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** an einen Staatsangehörigen von Afghanistan; Verkennung der spätestens seit 20.07.2021 erkennbaren extremen Volatilität der Sicherheitslage begründet eine reale Gefahr der Verletzung der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechte durch die später ergangene Entscheidung

30.11.2021, [E 3228/2021](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich äußerst rasch ändernden Situation betreffend die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung und ihren Truppen; mangelhafte Prüfung der laufenden Entwicklung bei extremer Volatilität der Sicherheitslage auch in Orten der innerstaatlichen Fluchtalternative; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten

30.11.2021, [E 2725/2021](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich äußerst rasch ändernden Situation betreffend die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung und ihren Truppen; mangelhafte Prüfung der laufenden Entwicklung bei extremer Volatilität der Sicherheitslage auch in Orten der innerstaatlichen Fluchtalternative; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten

15.12.2021, [E 3161/2021](#)

AsylG; Verletzung im **Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des Status eines **subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der sich äußerst rasch ändernden Situation betreffend die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung und ihren Truppen; mangelhafte Prüfung der laufenden Entwicklung bei extremer Volatilität der Sicherheitslage auch in Orten der innerstaatlichen Fluchtalternative; mangelhafte Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten

15.12.2021, [V 425/2020](#)

Vbg NaturschutzG; Gesetzwidrigkeit der **Verkleinerung des Naturschutzgebiets** „Gipslöcher“ in Lech durch VO der Vbg Landesregierung zur Verwirklichung einer Lifanlage; keine hinreichende Durchführung der – naturschutzrechtlich gebotenen – **Interessenabwägung** bei der Verordnungserlassung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

22.09.2021, [Ro 2021/09/0016](#)

AusländerbeschäftigungsG; der VwGH setzte sich mit der Berechnungsmethode für die **Zulassungskriterien** für **Fachkräfte in Mängelberufen** nach § 12a und der Anlage B AusländerbeschäftigungsG auseinander; der VwGH stellte klar, dass nur jene Berufszeiten herangezogen werden dürfen, die nach dem erfolgreichen Abschluss der Berufsausbildung absolviert wurden; aus dem klaren Wortlaut des Gesetzes – „Berufserfahrung (pro Jahr)“ bzw. „Berufserfahrung in Österreich (pro Jahr)“ – ergeben sich keine Hinweise dafür, dass ein volles Jahr Berufserfahrung bei einem einzigen Arbeitgeber absolviert werden muss, damit es berücksichtigt werden kann; vielmehr sind sämtliche Zeiten an Berufserfahrung zusammenzurechnen und anhand dieser Summe die Punkte zu berechnen

23.09.2021, [Ra 2020/16/0125](#)

FamilienlastenausgleichsG; ein Feststellungsbescheid darf ergehen, wenn ein rechtliches Interesse an der Feststellung besteht und eine solche Feststellung ein notwendiges Mittel zweckentsprechender Rechtsverfolgung darstellt; ein rechtliches Interesse besteht nicht, wenn über die Rechtsfrage in einem anderen gesetzlich vorgesehenen Verfahren zu entscheiden ist; aus Art 60 Abs 1 Satz 3 VO (EG) 987/2009 ergibt sich ein solches anderes gesetzlich vorgesehenes Verfahren, weshalb die **Erlassung eines Feststellungsbescheids** unzulässig war; das Finanzamt hat nämlich den Antrag auf Familienbeihilfe als Antrag der anspruchsberechtigten Person, die den Anspruch nicht wahrnimmt, zu prüfen; liegen die Voraussetzungen für die Auszahlung der Familienleistung vor, ist der Antrag dahingehend zu erledigen, dass die Leistung gemäß § 11 Abs 1 FamilienlastenausgleichsG ausbezahlt wird

05.10.2021, [Ro 2020/03/0005](#)

ORF-G; der VwGH setzte sich mit der Frage auseinander, ob **Online-Fernsehprogramme** von der Beschränkung des § 3 ORF-G umfasst sind; der **Versorgungsauftrag des ORF** umfasst auch die Bereitstellung von Online-Angeboten, die mit Rundfunkprogrammen im Zusammenhang stehen; diese Online-Angebote sind von den „klassisch“ (terrestrisch oder via Satellit) übertragenen Rundfunkprogrammen zu unterscheiden; diese sind auch zahlenmäßig nicht beschränkt; zwar handelt es sich bei dem Angebot „Ö3-Live/Visual“ um ein Fernsehprogramm nach § 1a Z 2 leg cit, nicht jedoch um ein „klassisch“ übertragenes Fernsehprogramm

12.11.2021, [Ro 2019/04/0028](#)

Maß- und EichG; ein **Taxameter** ist gem Definition der RL 2014/32/EU ein Gerät, das zusammen mit einem Signalgeber betrieben wird, wobei das Gerät die Fahrdauer misst und die Wegstrecke auf der Grundlage eines von einem Wegstreckensignalgeber übermittelten Signals errechnet; die Errechnung einer Wegstrecke ist somit vor diesem rechtlichen Hintergrund von deren Messung zu unterscheiden; das **Smartphone mit GPS-Funktion** hatte im ggSt Fall keine andere Funktion übernommen als die eines Signalgebers und -empfängers im Zusammenhang mit der Errechnung einer Wegstrecke, sodass nicht davon auszugehen ist, dass dieses fallbezogen zur Bestimmung (iSe Messung) der Länge vorgesehen war; damit stellt das mit GPS-Funktion ausgestattete Handy kein **Längenmessgerät** iSd § 8 Abs 1 Z 1 (erster Fall) Maß- und EichG dar

03.01.2022, [Ro 2020/10/0031](#)

ApothekenG; nach der Rsp des VwGH haben Inhaber umliegender bestehender öffentlicher Apotheken sowohl im Verfahren zur Genehmigung der Neuerrichtung einer öffentlichen Apotheke als auch im Verfahren nach § 14 Abs 2 ApothekenG zur **Verlegung einer öffentlichen Apotheke** an einen anderen Standort **Parteistellung** hinsichtlich der Frage des Bedarfs iSv § 10 Abs 2 Z 2 und Z 3 leg cit; diese Bedarfsfrage ist jedoch im Verfahren zur Verlegung einer öffentlichen Apotheke innerhalb ihres festgesetzten Standorts nach § 14 Abs 1 leg cit nicht zu prüfen, weshalb Inhabern umliegender bestehender öffentlicher Apotheken (insofern) im Verfahren nach § 14 Abs 1 leg cit keine Parteistellung zukommt; davon ist jedoch die Frage zu unterscheiden, ob Inhaber umliegender bestehender öffentlicher Apotheken Parteistellung im Hinblick auf die Frage haben, ob das Verfahren nach § 14 Abs 1 leg cit überhaupt zur Anwendung kommt

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 03.01.2022, [W244 2240510-1](#)

GehaltsG; für den Fall einer ungerechtfertigten strafrechtlichen Beschuldigung sind einem Beamten nur die nachweislich zu seiner **zweckentsprechenden Rechtsverteidigung** entstandenen notwendigen Kosten zu ersetzen; eine **Angemessenheit eines Erfolgsszuschlags** nach § 12 Allgemeine Honorar-Kriterien führt dazu, dass dieser in einem Fall, in dem die Rechtsverteidigung auch von der belangten Behörde dem Grunde nach als zur zweckentsprechenden Rechtsverteidigung notwendig erachtet wird, einen Teil der im Rahmen von § 23 Abs 4 GehaltsG ersatzfähigen Kosten darstellt

LVwG NÖ 24.01.2022, [LVwG-AV-1192/001-2021](#)

Bauarbeiter-Urlaubs- und AbfertigungsG; bei einem organisatorisch nicht geteilten **Mischbetrieb** ist nicht fraglich, welche Tätigkeiten der Betrieb anbietet, um die Qualifizierung seiner Arbeitnehmer als Bauarbeiter-Urlaubs- und AbfertigungsG-pflichtig vorzunehmen, sondern vielmehr welche Tätigkeiten die einzelnen Arbeitnehmer tatsächlich ausüben; dies ist unabhängig davon, welche sonstigen Leistungen vom Betrieb darüber hinaus erbracht werden; bei Mischbetrieben ist es somit möglich, dass ein Teil der Arbeitnehmer dem leg cit unterliegt, der andere Teil jedoch nicht, je nach **tatsächlich ausgeübter Tätigkeit**

LVwG Wien 05.01.2022, [VGW-042/093/5070/2021](#)

ArbeitszeitG; Arbeitszeitaufzeichnungen in Form von Excel-Tabellen bzw in Form handschriftlicher Aufzeichnungen, die unternehmensintern gespeichert waren und von den Arbeitnehmern von zu Hause aus (via remote-Zugang elektronisch oder händisch) oder in der Betriebsstätte befüllt wurden und in regelmäßigen Abständen, spätestens am Monatsende den jeweiligen Vorgesetzten zur Kontrolle übergeben wurden, erfüllen die Voraussetzungen von § 26 ArbeitszeitG; werden diese Aufzeichnungen tagesaktuell geführt, schadet der Umstand, dass die Aufzeichnungen erst zu einem etwas späteren Zeitpunkt an den Arbeitgeber übergeben werden iZm den Pflichten des Arbeitgebers nach § 26 Abs 2 leg cit (Anleitungs- und Kontrollpflicht) nicht

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[03.02.2022, Rs C-461/20, Advania Sverige und Kammarkollegiet](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2014/24/EU – Art 72 – **Auftragsänderungen während der Vertragslaufzeit** – Übertragung der Rahmenvereinbarungen – Übernahme der Rechte und Pflichten aus einer Rahmenvereinbarung durch einen neuen Auftragnehmer nach der **Einleitung eines Konkursverfahrens** gegen den ursprünglichen Auftragnehmer – Frage nach der Notwendigkeit der Durchführung eines **neuen Vergabeverfahrens**

[03.02.2022, Rs C-515/20, Finanzamt A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 122 – Ermäßigter Steuersatz für **Lieferungen von Brennholz** – Differenzierung nach den objektiven Merkmalen und **Eigenschaften der Waren** – Zum Verbrennen bestimmte Holzformen, die demselben Bedürfnis des Verbrauchers dienen und miteinander im Wettbewerb stehen – Grundsatz der **steuerlichen Neutralität**

[03.02.2022, Rs C-20/21, LOT Polish Airlines](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – **Gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung** von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 7 Nr 1 Buchst b zweiter Gedankenstrich – Besondere Zuständigkeit, wenn ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag den Gegenstand des Verfahrens bilden – Begriff ‚Erfüllungsort der Verpflichtung‘ – Vertrag über die Erbringung von Dienstleistungen – **Luftverkehr** – Flug, der durch eine bestätigte einheitliche Buchung gekennzeichnet ist und von zwei verschiedenen Luftfahrtunternehmen in mehreren Teilflügen durchgeführt wird – Verordnung (EG) Nr 261/2004 – Gemeinsame Regelung für **Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen** für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen – Art 7 – Ausgleichsanspruch – **Verspätung des ersten Teilflugs** – Klage auf Ausgleichszahlung, die sich gegen das mit

dem ersten Teilflug beauftragte Luftfahrtunternehmen richtet und bei dem Gericht am Ankunftsort dieses Teilflugs erhoben wird

B. SCHLUSSANTRÄGE

[03.02.2022, Rs C-436/20, ASADE \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Öffentliche Auftragsvergabe – Art 49 und 56 AEUV – Niederlassungsfreiheit und Dienstleistungsfreiheit – **Wirtschaftliche Tätigkeit** – Richtlinie 2014/24/EU – Art 1 Abs 2, Art 2 Abs 1 und Art 4 Buchst d – Anwendbarkeitsvoraussetzungen – Art 20 Abs 1 und Art 77 – Vorbehaltene Aufträge – Art 74 bis 76 und Anhang XIV – Erbringung sozialer Dienstleistungen – Öffentliche Auftragsvergabe im **Bereich sozialer Dienstleistungen** – Vereinfachte Regelung – Vereinbarungen der konzertierten Aktion zur Erbringung solcher Dienstleistungen – Ausschluss der **Einrichtungen mit Gewinnerzielungsabsicht** – Grundsätze der Transparenz, Gleichheit und Verhältnismäßigkeit – Ausschreibungsbedingung – Geografische Beschränkung – Richtlinie 2006/123/EG – Sachlicher Anwendungsbereich – Art 2 Abs 2 Buchst j – Ausschluss sozialer Dienstleistungen

[03.02.2022, Rs C-500/20, ÖBB-Infrastruktur Aktiengesellschaft \(GA Čapeta\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Internationale Übereinkünfte – Schienenverkehr – Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr (**COTIF**) – Einheitliche Rechtsvorschriften für den Vertrag über die **Nutzung der Infrastruktur im internationalen Eisenbahnverkehr** (CUI) – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Vom Beförderer getragene Kosten für die **ersatzweise Anmietung von Lokomotiven** nach Beschädigung seiner eigenen Lokomotiven – Vertragsparteien, die den Umfang ihrer Haftung durch Verweis auf nationales Recht erweitern

[03.02.2022, Rs C-567/20, Zagrebačka banka \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Verbraucherschutz – Missbräuchliche Klauseln in **Verbraucherdarlehensverträgen** – Richtlinie 93/13/EWG – Art 6 Abs 1 – Art 10 Abs 1 Unterabs 2 – **Zeitliche Anwendbarkeit der Richtlinie** – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Vertragsschluss vor Beitritt eines Mitgliedstaats zur Union – Art 1 Abs 2 – Ausschluss von Klauseln, die auf bindenden Rechtsvorschriften beruhen

[03.02.2022, Rs C-576/20, Pensionsversicherungsanstalt \(Périodes d'éducation d'enfants à l'étranger\) \(GA Emiliou\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit der Wandererwerbstätigen – Koordinierung der **Systeme der sozialen Sicherheit** – Art 44 Abs 2 der Verordnung (EG) Nr 987/2009 zur Festlegung der Modalitäten für die Durchführung der Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Prüfung eines **Anspruchs auf Altersrente** – Berücksichtigung von in einem anderen Mitgliedstaat zurückgelegten **Kindernerziehungszeiten** – Voraussetzungen – Grundsatz der Gleichstellung von Sachverhalten – In nur einem Mitgliedstaat ausgeübte Erwerbstätigkeit

[03.02.2022, Rs C-121/21, Tschechische Republik/Polen \(Mine de Turów\) \(GA Pikamäe\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 259 AEUV – **Verlängerung einer Betriebsgenehmigung** für den **Tagebau Turów** in Polen nahe der tschechischen Grenze – Meinungsverschiedenheit zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Polen über die **Auswirkungen auf die Umwelt** in der Tschechischen Republik – Richtlinie 2011/92/EU – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten Projekten (UVP) – Unionsrechtswidrigkeit der nationalen Rechtsvorschriften, der UVP-Entscheidung und der Betriebsgenehmigung

C. GERICHT

[02.02.2022, Rs T-616/18, Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo/Kommission \(Engagements de Gazprom\)](#)

Wettbewerb – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – **Gasmärkte in Mittel- und Osteuropa** – Beschluss, mit dem die von einem Unternehmen angebotenen individuellen Verpflichtungszusagen für bindend erklärt werden – Art 9 der Verordnung (EG) Nr 1/2003 – **Angemessenheit der Verpflichtungszusagen** angesichts der ursprünglich in der Mitteilung der Beschwerdepunkte angeführten wettbewerbsrechtlichen Bedenken – Verzicht der Kommission, Verpflichtungszusagen in Bezug auf einige der ursprünglichen Bedenken zu verlangen – Grundsatz der ordnungsgemäßen Verwaltung – Transparenz – Begründungspflicht – Ziele der Energiepolitik der Union – Grundsatz der Energiesolidarität – **Befugnismissbrauch**

[02.02.2022, Rs T-399/19, Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo/Kommission \(Rejet de plainte\)](#)

Wettbewerb – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – **Gasmärkte in Mittel- und Osteuropa** – Beschluss, mit dem eine Beschwerde abgewiesen wird – **Fehlendes Interesse der Union** – Einwand staatlichen Handelns – Pflicht zur sorgfältigen Prüfung – Verfahrensrechte nach der Verordnung (EG) Nr 773/2004

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

03.02.2022, Beschwerde Nr [1469/20](#), Advance Pharma sp. z o.o. / Polen

Verletzung von Art 6 Abs 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); Beschwerde des klagenden Unternehmens, wonach Zivilkammer des Obersten Gerichtshofs, die über einen das Unternehmen betreffenden Fall entschieden hatte, kein „auf Gesetz beruhendes Gericht“ sei; Mangel an Unparteilichkeit und Unabhängigkeit; Zivilkammer aus Richtern zusammengesetzt, die vom polnischen Staatspräsidenten auf Empfehlung des NCJ ernannt wurden; ein Fall von 94 derzeit anhängigen Klagen gegen Polen, welche die Umstrukturierung des polnischen Justizsystems betreffen; Ernennung der Richter in unzulässiger Weise von Legislative und Exekutive beeinflusst; grundlegende Unregelmäßigkeit, die das Verfahren beeinträchtigt und Legitimität der Zivilkammer in Frage stellt; kein unabhängiges und unparteiisches Gericht im Sinne der Konvention; offensichtlicher Verstoß gegen innerstaatliches Recht, da Präsident trotz rechtskräftigem Beschluss, mit dem die Umsetzung der Entschlüsse des Obersten Nationalen Rates ausgesetzt wurden, Richter ernannt hat

03.02.2022, Beschwerde Nr [66328/14](#), N.M. / Frankreich

Verletzung von Art 1 1. ZPEMRK (Schutz des Eigentums); Zurückweisung des Antrags der Eltern auf Entschädigung für besondere Kosten, die sich aus Behinderung ihres Kindes ergeben, durch die Verwaltungsgerichte; keine Feststellung der Behinderung durch Pränataldiagnose; Bestimmungen, welche Berücksichtigung dieser Kosten bei Berechnung der Entschädigung untersagten und die nach der Geburt des Kindes, aber vor Entschädigungsklage in Kraft getreten waren, wurden auf den Fall angewandt; Kläger hätten Entschädigung ab Eintritt des Schades (Geburt des Kindes) berechtigterweise erwarten können; rückwirkender Eingriff in das Eigentum der Kläger nicht „gesetzlich vorgesehen“ im Sinne von Art 1 1. ZPEMRK

VI. COVID-19-MASSNAHMENGESETZE UND -VERORDNUNGEN

A. COVID-19-MaßnahmenG

| Titel | in Kraft ab | außer Kraft mit Ablauf des |
|--|-------------|--|
| COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 | 16.03.2020 | 31.12.2020 |
| 2. COVID-19-Gesetz, BGBl I 16/2020 : in Art 26 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz BGBl I 12/2020, ausgegeben am 21.03.2020 (Fügt §4 Abs.2 zu COVID-19 Maßnahmengesetz, BGBl I 12/2020 hinzu, der rückwirkend mit 16.03.2020 in Kraft tritt) | 22.03.2020 | <i>unverändert</i> |
| 3. COVID-19-Gesetz, BGBl I 23/2020 : in Art 50 Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz (BGBl I 12/2020, zuletzt geändert durch BGBl I 16/2020), ausgegeben am 04.04.2020 | 05.04.2020 | <i>unverändert</i> |
| 104. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 104/2020 , ausgegeben am 25.09.2020 | 26.09.2020 | 30.06.2021 (§2a tritt mit 26.09.2020 außer Kraft) |
| Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 (COVID-19-Maßnahmengesetz) geändert wird, BGBl I 138/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 | 23.12.2020 | <i>unverändert</i> |
| 23. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 23/2021 , ausgegeben am 20.01.2021 | 21.01.2021 | <i>unverändert</i> |
| 33. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 33/2021 , ausgegeben am 26.02.2021 | 27.02.2021 | <i>unverändert</i> |
| 82. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 82/2021 , ausgegeben am 14.05.2021 | 19.05.2021 | <i>unverändert</i> |
| 90. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 90/2021 , ausgegeben am 27.05.2021 | 28.05.2021 | <i>unverändert</i> |
| 100. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 100/2021 , ausgegeben am 28.05.2021 | 29.05.2021 | <i>unverändert</i> |
| 105. Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittelgesetz, das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 105/2021 , ausgegeben am 28.06.2021 | 29.06.2021 | 31.12.2021 |

| | | |
|--|------------|--------------------|
| 143. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 143/2021 , ausgegeben am 26.07.2021 | 27.07.2021 | <i>unverändert</i> |
| 183. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl I 183/2021 , ausgegeben am 22.10.2021 | 23.10.2021 | 30.06.2022 |
| 204. Bundesgesetz, mit dem das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBl I 204/2021 , ausgegeben am 13.12.2021 | 14.12.2021 | <i>unverändert</i> |
| 255. Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950 und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden, BGBl. I Nr. 255/2021 , ausgegeben am 31.12.2021 | 01.01.2022 | <i>unverändert</i> |

B. VO betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19

| | | |
|---|---|---|
| 96. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBl II 96/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 184/2021 : VfGH Teile von §1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 23.04.2021 BGBl II 501/2021 : VfGH: § 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 30.11.2021 | §§ 1 und 2 ab 16.03.2020 § 3 ab 17.03.2020 | 22.3.2020 |
| 110. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 110/2020 , ausgegeben am 20.03.2020 | 21.03.2020 | 13.04.2020 |
| 112. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, geändert wird, BGBl II 112/2020 , ausgegeben am 22.03.2020 | 23.03.2020 | 13.04.2020 |
| 130. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 130/2020 , ausgegeben am 02.04.2020 VfGH: BGBl II 486/2020 : VfGH §3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 | 03.04.2020 §4 mit 04.04.2020 | §§1-3 13.04.2020 §4 24.04.2020 |
| 151. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 geändert wird, BGBl II 151/2020 , ausgegeben am 09.04.2020 VfGH: BGBl II 340/2020 : VfGH Teile von § 2 Abs 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 29.07.2020 BGBl. II Nr. 487/2020 : VfGH das Wort „angeschlossene“ in § 2 Abs 1 Z 12 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 | 14.04.2020 | §§1-3 mit Ablauf des 30.04.2020 §4 mit Ablauf des 30.04.2020 |
| 162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020 | 19.04.2020 § 2 Z 24 ab 20.04.2020 | <i>unverändert</i> |

| | | |
|--|--|------------|
| → Gem COVID-19-LockerungsVO, BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft getreten | | 30.04.2020 |
|--|--|------------|

C. VO gem § 2 Z 1 des COVID-19-MaßnahmenG

| | | |
|---|------------|--------------------|
| 98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBl II 98/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020 | 16.03.2020 | 22.03.2020 |
| 107. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 107/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat §§ 4 und 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020 | 20.03.2020 | <i>unverändert</i> |
| 108. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 108/2020 , ausgegeben am 19.03.2020 (lt BGBl) (lt RIS Eintrag kundgemacht am 20.03.2020) VfGH: BGBl II 351/2020 : VfGH hat § 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 31.07.2020 | 20.03.2020 | 13.04.2020 |
| 148. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert wird, BGBl II 148/2020 , ausgegeben am 09.04.2020 | 14.04.2020 | 30.04.2020 |
| 162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 und die Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes geändert werden, BGBl II 162/2020 , ausgegeben am 18.04.2020 | 20.04.2020 | <i>unverändert</i> |
| → Gem COVID-19-LockerungsVO BGBl II 197/2020 , mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft | | 30.04.2020 |

D. VO über die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe

| | | |
|--|------------|------------|
| 97. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 die Sperrstunde und Aufsperrstunde im Gastgewerbe festgelegt werden, BGBl II 97/2020 , ausgegeben am 15.03.2020 | 16.03.2020 | 16.03.2020 |
|--|------------|------------|

E. VO über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem EpidemieG 1950 und dem COVID-19-MaßnahmenG

| | | |
|--|------------|------------|
| 152. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBl II 152/2020 , ausgegeben am 10.04.2020 | 11.04.2020 | 14.07.2021 |
|--|------------|------------|

| | | |
|--|------------|---------------------|
| 427. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 427/2020 , ausgegeben am 02.10.2020 | 03.10.2020 | <i>unverändert</i> |
| 30. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 30/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 | 25.01.2021 | <i>unverändert</i> |
| 60. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem Epidemiegesetz 1950 und dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI II 60/2021 , ausgegeben am 22.01.2021 (Datum später berichtigt) → BGBI II 95/2021 berichtigt BGBI II 60/2021 : statt ausgegeben am 22.01.2021 lautet es richtig „ausgegeben am 05.02.2021“ | 08.02.2021 | <i>unverändert</i> |
| 314. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBI. II 314/2021 , ausgegeben am 13.07.2021 | 14.07.2021 | 23.11.2021 |
| 483. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz, BGBI II 483/2021 , Anlage , ausgegeben am 23.11.2021 | 24.11.2021 | <i>Keine Angabe</i> |
| 2. Verordnung, mit der die Verordnung über die Einhebung von Geldstrafen mit Organstrafverfügung nach dem COVID-19-Maßnahmengesetz geändert wird, BGBI. II Nr. 2/2022 , ausgegeben am 03.01.2022 | 04.01.2022 | <i>Keine Angabe</i> |

F. COVID-19-LockerungsVO (COVID-19-LV) und COVID-19-MaßnahmenVO (COVID-19-MV)

COVID-19-SchutzmaßnahmenVO (COVID-19-SchuMaV)

COVID-19-NotmaßnahmenVO (COVID-19-NotMV)

| | | |
|---|------------|------------|
| COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV | | |
| 197. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Lockerungen der Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen wurden (COVID-19-Lockerungsverordnung – COVID-19-LV), BGBI II 197/2020 , ausgegeben am 30.04.2020 Außerdem lässt diese VO mit Ablauf des 30.04.2020 außer Kraft treten: <ul style="list-style-type: none"> • Verordnung betreffend vorläufige Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19, BGBI II 96/2020 • Verordnung gem § 2 Z 1 des COVID-19-Maßnahmengesetzes, BGBI II 98/2020 VfGH: <ul style="list-style-type: none"> BGBI II 484/2020: VfGH § 10 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 BGBI II 488/2020: VfGH § 6 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020 BGBI II 492/2020: VfGH Wortfolge in § 1 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 20.11.2020 BGBI II 318/2021: VfGH § 1 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 15.07.2021 BGBI II 359/2021: VfGH § 2 Abs 1 Z 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021 | 01.05.2020 | 30.06.2020 |

| | | |
|---|------------|--|
| <p>207. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird, BGBl II 207/2020, ausgegeben am 13.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 1 und 4 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020, Aufhebung mit Ablauf des 31.12.2020 in Kraft</p> <p>BGBl II 360/2021: VfGH § 6 Abs 2 und 3 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p> | 15.05.2020 | <i>unverändert</i> |
| <p>231. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (2. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 231/2020, ausgegeben am 27.05.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 485/2020: VfGH § 6 Abs 5 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 19.11.2020</p> <p>BGBl II 360/2021: VfGH § 6 Abs 7 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 17.08.2021</p> | 29.05.2020 | 31.08.2020 § 9 (2) entfällt mit Ablauf 30.06.2020 |
| <p>239. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (3. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 239/2020, ausgegeben am 28.05.2020</p> | 29.05.2020 | <i>unverändert</i> |
| <p>246. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (4. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 246/2020, ausgegeben am 29.05.2020</p> | 30.05.2020 | <i>unverändert</i> |
| <p>266. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (5. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 266/2020, ausgegeben am 13.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 146/2021: VfGH §4 Abs 1 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p> | 15.06.2020 | <i>unverändert</i> |
| <p>287. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (6. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 287/2020, ausgegeben am 29.06.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 358/2021: VfGH § 6 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 16.08.2021</p> | 01.07.2020 | 31.12.2020 |
| <p>299. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (7. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 299/2020, ausgegeben am 02.07.2020</p> | 03.07.2020 | <i>unverändert</i> |
| <p>332. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (8. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 332/2020, ausgegeben am 22.07.2020</p> | 24.07.2020 | <i>unverändert</i> |
| <p>342. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (9. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 342/2020, ausgegeben am 29.07.2020</p> <p>VfGH:</p> <p>BGBl II 146/2021: VfGH § 4 Abs 2 für gesetzeswidrig erklärt, ausgegeben am 01.04.2021</p> | 30.07.2020 | <i>unverändert</i> |
| <p>398. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-</p> | 14.09.2020 | <i>unverändert</i> |

| | | |
|---|---|--|
| Lockerungsverordnung geändert wird (10. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 398/2020 , ausgegeben am 12.09.2020 | | |
| 407. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Lockerungsverordnung geändert wird (11. COVID-19-LV-Novelle), BGBl II 407/2020 , ausgegeben am 18.09.2020 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV)</i> | 21.09.2020 | § 11 Abs 9 tritt mit 21.09.2020 außer Kraft |
| Neuer Titel: COVID-19-Maßnahmenverordnung – COVID-19-MV | | |
| 412. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 412/2020 , ausgegeben am 24.09.2020 | 25.09.2020 | „§ 10c samt Überschrift und die Anlage treten drei Tage nach Inkrafttreten der nächsten Änderung des COVID-19-Maßnahmengesetz außer Kraft“ |
| 446. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 446/2020 , ausgegeben am 15.10.2020 <i>Anmerkung: § 10c gelangt nur für Gelegenheitsmärkte zur Anwendung, die nach dem 13. November 2020 stattfinden</i> | 16.10.2020 § 10c 14.11.2020 | § 10b (4) mit 16.10. außer Kraft |
| 455. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (3. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 455/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: § 1 samt Überschrift, § 1a, § 2 Abs 5, § 4 Abs 2 und 3, § 6 Abs 1a, 1b, 2, 2a, 3a, 5a, 5b, 7 und 8, § 8 Abs 1, 1a und 2, § 9 Abs 1 und 3 samt Überschrift, § 9a, § 10 Abs 2, 2a, 3, 7, 8 und 10a, § 10a Abs 2, § 10b Abs 2, § 10d Abs 1, § 11, § 11a samt Überschrift und § 11b idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 24. Oktober 2020 in Kraft. § 6 Abs 1a, 1b, 3b, § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5, idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 22. November 2020 außer Kraft. Mit 23. November 2020 treten § 10 Abs 2 Satz 1 und § 10 Abs 5 idF der VO BGBl II 446/2020 wieder in Kraft. § 6 Abs 1c, § 9 Abs 2 sowie § 10 Abs 5 und 10 idF der VO BGBl II 455/2020 treten mit Ablauf des 31. Oktober 2020 in Kraft. BGBl II 11/2022: VfGH: § 6 Abs. 1a, 1b und 3a für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am 14.01.2022</i> | 25.10.2020 §§ 6 (1c), 9 (2), 10 (5) (10) ab 01.11.2020 §§ 10 (2) S 1, 10 (5) idF 446/2020 ab 23.11.2020 | §§ 6 (1a) (1b) (3b), 10 (1) S 1, 10 (5) mit Ablauf 22.11.2020 außer Kraft |
| 456. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (4. COVID-19-MV-Novelle), BGBl II 456/2020 , ausgegeben am 22.10.2020 <i>Anmerkung: Laut COVID-19-SchuMaV tritt diese VO ab 03.11.2020 außer Kraft und sollte bei außer Kraft treten der COVID-19-SchuMaV wieder in Kraft treten idF vom 07.11.2020. ABER: Laut COVID-19-NotMV tritt die COVID-19-SchuMaV zwar mit 17.11.2020 außer Kraft, diese VO (COVID-19-MV) tritt aber nicht wieder in Kraft.</i> | 07.11.2020 | Tritt laut Covid-19-SchuMaV bereits ab 03.11.2020 außer Kraft. |
| COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV | | |
| 463. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV), BGBl II 463/2020 , ausgegeben am 01.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, außer Kraft. Sie tritt</i> | 03.11.2020 | 30.11.2020 § 2 12.11.2020 Schon mit Ablauf |

| | | |
|--|---|---|
| <p>mit dem Außerkrafttreten dieser VO wieder in Kraft und zwar in jener Fassung, die sie, wäre sie nicht außer Kraft getreten, mit 7. November 2020 auf Grund ihrer letzten Änderung durch die VO BGBl II 456/2020 erlangt hätte.</p> | | <p>16.11.2020 außer Kraft (lt. NotMV 479/2020)</p> |
| <p>472. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird, BGBl II 472/2020, ausgegeben am 10.11.2020</p> | <p>11.11.2020</p> | |
| <p>476. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (2. COVID-19-SchuMaV-Novelle), BGBl II 476/2020, ausgegeben am 11.11.2020</p> | <p>13.11.2020</p> | <p>§2 22.11.2020</p> |
| <p>544. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 544/2020, ausgegeben am 04.12.2020</p> | <p>07.12.2020</p> | <p>23.12.2020 § 2 16.12.2020 16.12.2020 (lt 566/2020)</p> |
| <p>566. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 566/2020, ausgegeben am 16.12.2020</p> <p><i>Anmerkung: Gleichzeitig tritt die 2. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 544/2020, außer Kraft.</i></p> <p>Bis zum <u>18. Dezember 2020</u> gilt, dass der Betreiber seiner Verpflichtung gem § 10 Abs 4 nachkommt, wenn die Mitarbeiter durchgehend eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und eng anliegende mechanische Schutzvorrichtung tragen und für diese zweimal pro Woche ein Antigen-Test auf SARS-CoV-2 oder ein molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 durchgeführt wird und dessen Ergebnis negativ ist. Im Fall eines positiven Testergebnisses kann das Einlassen abweichend davon dennoch erfolgen, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. jedenfalls mindestens 48 Stunden Symptomfreiheit nach abgelaufener Infektion vorliegt und 2. auf Grund der medizinischen Laborbefunde, insbesondere aufgrund des CT-Werts >30, davon ausgegangen werden kann, dass keine Ansteckungsgefahr mehr besteht. <p><u>Am 24. und 25. Dezember 2020 gilt:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. § 2 und § 13 Abs 3 Z 11 gelangen nicht zur Anwendung. 2. Abweichend von § 13 Abs 3 Z 10 sind Zusammenkünfte von nicht mehr als zehn Personen zulässig, wobei diese aus höchstens zehn verschiedenen Haushalten stammen dürfen. Für solche Zusammenkünfte gelangt § 13 Abs 4 nicht zur Anwendung. | <p>17.12.2020</p> <p>§§ 4 (4), 5 (6) Z 5, 12 (2) mit 24.12.2020</p> | <p>26.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 3 mit 24.12.2020 außer Kraft</p> |
| <p>598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020, ausgegeben am 22.12.2020</p> <p>VfGH: BGBl II Nr. 361/2021: VfGH die Wortfolge "mit höchstens 50 Personen" in § 12 Abs. 1 Z 7 für gesetzwidrig erklärt, ausgegeben am</p> | <p>23.12.2020</p> <p>§ 4 (3) Z 1 und Z 2 ab 24.12.2020</p> | <p>25.12.2020</p> |

| | | |
|--|---|---|
| 17.08.2021 | | |
| 58. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 58/2021 , ausgegeben am 05.02.2021 | 08.02.2021 | 17.02.2021 |
| 76. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 76/2021 , ausgegeben am 17.02.2021 | 18.02.2021 | 27.02.2021 |
| 94. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 94/2021 , ausgegeben am 25.02.2021 | 28.02.2021 | 09.03.2021 |
| 105. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (3. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 105/2021 , ausgegeben am 08.03.2020 | 10.03.2021 | 14.03.2021 |
| 111. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (4. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 111/2021 , ausgegeben am 12.03.2021 | 15.03.2021 § 6 (8) mit 01.04.2021 | 11.04.2021 § 2 mit Ablauf des 24.03.2021 |
| 120. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (5. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 120/2021 , ausgegeben am 23.03.2021 | 25.03.2021 | <i>unverändert</i> §2 mit Ablauf des 03.04.2021 |
| 139. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (6. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 139/2021 , ausgegeben am 30.03.2021 | 01.04.2021 | 25.04.2021 §2 mit Ablauf des 10.04.2021 §25 mit Ablauf des 06.04.2021 (NÖ, Bgl.), 10.04.2021 (Wien) |
| 147. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (7. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl II Nr. 147/2021 , ausgegeben am 06.04.2021 | 07.04.2021 | 25.04.2021 §2 mit Ablauf des 16.04.2021 §25 mit Ablauf des 10.04.2021 |
| 162. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (8. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 162/2021 , ausgegeben am 09.04.2021 | 11.04.2021 | <i>Unverändert</i> §2 mit Ablauf des 20.04.2021 §25 mit Ablauf des 18.04.2021 |

| | | |
|---|-------------------|--|
| <p>171. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (9. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 171/2021, ausgegeben am 16.04.2021</p> | <p>19.04.2021</p> | <p>02.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 25.04.2021</p> |
| <p>181. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (10. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 181/2021, ausgegeben am 23.04.2021</p> <p>Anmerkung: §2 tritt nun nicht mehr mit Ablauf des 28.04.2021 außer Kraft, sondern gemeinsam mit der restlichen VO mit Ablauf des 05.05.2021</p> | <p>26.04.2021</p> | <p>05.05.2021 §2 mit Ablauf des 28.04.2021 §25 mit Ablauf des 02.05.2021</p> |
| <p>206. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (11. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 206/2021, ausgegeben am 04.05.2021</p> | <p>06.05.2021</p> | <p>18.05.2021 §2 mit Ablauf des 15.05.2021</p> |
| <p>221. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (12. Novelle zur 4. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II Nr. 221/2021, ausgegeben am 14.05.2021</p> | <p>16.05.2021</p> | <p><i>unverändert</i></p> |
| <p>465. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 5. COVID-19-SchuMaV), BGBl. II 465/2021, ausgegeben am 14.11.2021</p> <p>Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 475/2021 tritt die 5. COVID-19 SchuMaV außer Kraft</p> | <p>15.11.2021</p> | <p>21.11.2021 (lt. BGBl II 475/2021) 24.11.2021</p> |
| <p>467. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (1. Novelle zur 5. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl II 467/2021, ausgegeben am 15.11.2021</p> | <p>16.11.2021</p> | <p><i>unverändert</i></p> |
| <p>537. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 6. COVID-19-SchuMaV), BGBl II 537/2021, ausgegeben am 10.12.2021</p> | <p>12.12.2021</p> | <p>24.12.2021 31.12.2021 (lt. BGBl II 568/2021) 40.01.2022 (lt. BGBl II 604/2021) 20.01.2022 (lt. BGBl. II 6/2022) 30.01.2022 (lt. BGBl. II 24/2022)</p> |
| <p>556. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (1. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl II 556/2021, ausgegeben am 16.12.2021</p> | <p>17.12.2021</p> | <p>§21 Abs. 13 mit 17.12.2021 <i>Rest: unverändert</i></p> |

| | | |
|--|--|--|
| 568. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (2. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl II 568/2021 , ausgegeben am 20.12.2021 <i>Manche §§ sind am 24., 25., 26. und 31. Dezember 2021 nicht anzuwenden.</i> | 22.12.2021 | 31.12.2021 |
| 588. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (3. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl II 588/2021 , ausgegeben am 23.12.2021 | 27.12.2021 | unverändert |
| 601. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (4. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 601/2021 , ausgegeben am 30.12.2021 | § 25 Abs. 1 und 7 ab 01.01.2022 § 2, § 3 Abs. 4, § 14 Abs. 2 Z 1a lit. c sowie § 21 Abs. 7 und 7a ab 03.01.2022 | 10.01.2022 |
| 602. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (5. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 602/2021 , ausgegeben am 30.12.2021 | 02.01.2022 | unverändert |
| 6. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (6. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 6/2022 , ausgegeben am 10.01.2022 | 11.01.2022 | 20.01.2022 |
| 24. Verordnung, mit der die 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung (6. COVID-19-SchuMaV) geändert wird (7. Novelle zur 6. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 24/2022 , ausgegeben am 20.01.2022 | 21.01.2022 | 30.01.2022 |
| COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV | | |
| 479. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV), BGBl II 479/2020 , ausgegeben am 15.11.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser VO tritt die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 463/2020, außer Kraft. Die COVID-19-Maßnahmenverordnung, BGBl II 197/2020, tritt nicht wieder in Kraft.</i> | 17.11.2020 | 06.12.2020 § 1 und § 12 26.11.2020 |
| 528. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege, und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – COVID-19-NotMV geändert wird (1. COVID-19-NotMV-Novelle), BGBl II 528/2020 , ausgegeben am 25.11.2020 | 27.11.2020 | § 1 und § 12 6.12.2020 |
| 598. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen gegen die Verbreitung von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-SchuMaV), geändert wird und die Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 2. COVID-19-NotMV), erlassen wird, BGBl II 598/2020 , ausgegeben am 22.12.2020 <i>Anmerkung: Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die 3. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung, BGBl II 566/2020, außer Kraft.</i> | 26.12.2020 | 04.01.2021 |
| 2. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 2/2021 , ausgegeben am 04.01.2021 | 05.01.2021 | 14.01.2021 |

| | | |
|---|---|--|
| 17. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 17/2021 , ausgegeben am 14.01.2021 | 15.01.2021 | 24.01.2021 |
| 27. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (3. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 3. COVID-19-NotMV), BGBl II 27/2021 , ausgegeben am 21.01.2021 | 25.01.2021 | 03.02.2021 |
| 49. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (4. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 4. COVID-19-NotMV), BGBl II 49/2021 , ausgegeben am 02.02.2021 | 04.02.2021 | 07.02.2021 |
| 475. Verordnung, mit der besondere Schutzmaßnahmen zur Verhinderung einer Notsituation auf Grund von COVID-19 getroffen werden (5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung – 5. COVID-19-NotMV), BGBl II 475/2021 , ausgegeben am 21.11.2021 | 22.11.2021 | 04.12.2021 11.12.2021 (lt. BGBl II 511/2021) |
| 511. Verordnung, mit der die 5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung (5. COVID-19-NotMV) geändert wird (1. Novelle zur 5. COVID-19-Notmaßnahmenverordnung), BGBl II 511/2021 , ausgegeben am 01.12.2021 | 02.12.2021 § 2 Abs. 2 Z 1 mit 06.12.2021 | 11.12.2021 § 18 Abs. 11 mit 06.12.2021 |

G. COVID-19-ÖffnungsVO (COVID-19-ÖV)

| | | |
|---|---|--|
| 214. Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (COVID-19-Öffnungsverordnung – COVID-19-ÖV), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021 | 19.05.2021 | 30.06.2021 §§ 13-16 mit Ablauf des 16.06.2021 (lt. BGBl. II 247/2021) |
| 214. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 214/2021 , ausgegeben am 10.05.2021 <i>Anmerkung: Hier werden §8 Abs. 4 und §9 Abs. 5 geändert, diese treten mit Inkrafttreten jenes nachfolgenden Bundesgesetzes in Kraft, durch das § 1 Abs. 5 Z 6 des COVID-19-MG geändert wird (§ 13 Abs. 10 COVID-19-MG) -> mit Stand 20.05.2021 gibt es jedoch keine Z6 in §1 Abs. 5 des COVID-19-MG</i> | §8(4) und §9(5) nach Änderung von §1(5) Z6 COVID-19-MG in Kraft | <i>unverändert</i> |
| 223. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (2. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 223/2021 , ausgegeben am 18.05.2021 | 19.05.2021 | <i>unverändert</i> |
| 242. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (3. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 242/2021 , ausgegeben am 01.06.2021 | 03.06.2021 | <i>unverändert</i> |
| 247. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (4. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 247/2021 , ausgegeben am 02.06.2021 | 10.06.2021 §16a (5) u §17(1) bereits mit 03.06.2021 | § 5 Abs. 1 Z 4 und Abs. 6 zweiter Satz, § 13 Abs. 6 zweiter Satz und § 24 Abs. 1 zweiter Satz mit 10.06.2021 |

| | | |
|--|------------|--------------------|
| 256. Verordnung mit der die Verordnung über erste Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (5. Novelle zur COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 256/2021 , ausgegeben am 09.06.2021 | 10.06.2021 | <i>unverändert</i> |
|--|------------|--------------------|

2. COVID-19-Öffnungsverordnung

| | | |
|---|--|---|
| 278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie (2. COVID-19-Öffnungsverordnung) erlassen wird, BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021 | 01.07.2021 | 31.08.2021 30.09.2021 (lt. BGBl II 366/2021) 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) §§ 12 – 16: 28.07.2021 19.08.2021 (lt. BGBl II 321/2021) 17.09.2021 (lt. BGBl II 366/2021) 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) |
| 278. Verordnung, mit der die Verordnung über weitere Öffnungsschritte in Bezug auf die COVID-19-Pandemie geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 278/2021 , ausgegeben am 28.06.2021 | 22.07.2021 | § 8 Abs. 5 zweiter Satz und § 17 samt Überschrift mit 22.07.2021 |
| 321. Verordnung, mit der die Verordnung BGBl. II Nr. 278/2021 und die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert werden (2. und 3. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 321/2021 , ausgegeben am 16.07.2021 | 22.07.2021 § 1 Abs. 2 15.08.2021 | <i>unverändert</i> |
| 328. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (4. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 328/2021 , ausgegeben am 20.07.2021 | 22.07.2021 | <i>unverändert</i> |
| 366. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (5. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 366/2021 , ausgegeben am 18.08.2021 | § 17 Abs. 2 und § 23 Abs. 1 20.08.2021 § 9 Abs. 1 und 2, § 19 Abs. 1 Z 1 für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021 | 30.09.2021 |
| 367. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (6. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl II 367/2021 | 20.08.2021 | <i>unverändert</i> |

| | | |
|--|--|--|
| <p>385. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (7. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 385/2021</p> | <p>für Bgld, NÖ, Wien, 06.09.2021 für alle anderen Bundesländer mit 13.09.2021</p> | <p>§ 19 Abs. 1a Z 1 zweiter Satz mit 30.09.2021 außer Kraft <i>Rest: unverändert</i></p> |
| <p>394. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Öffnungsverordnung geändert wird (8. Novelle zur 2. COVID-19-Öffnungsverordnung), BGBl. II 394/2021 <i>Anmerkung: Titel der VO wurde geändert auf „Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV)“</i></p> | <p>15.09.2021</p> | <p>31.10.2021 § 19 Abs. 3 Z 8 mit 15.09.2021</p> |

Neuer Name: 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV

| | | |
|---|-------------------|---|
| <p>396. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden (2. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 2. COVID-19-MV), geändert wird (1. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II 396/2021</p> | <p>15.09.2021</p> | <p><i>unverändert:</i> 31.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) §§ 12 – 16: 13.10.2021 (lt. BGBl II 394/2021) (lt. BGBl II 429/2021)</p> |
| <p>429. Verordnung, mit der die 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (2. Novelle zur 2. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 429/2021, ausgegeben am 11.10.2021</p> | <p>12.10.2021</p> | <p><i>unverändert</i></p> |

3. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 3. COVID-19-MV

| | | |
|---|--|---|
| <p>441. Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, BGBl II 441/2021, ausgegeben am 25.10.2021 <i>Mit Inkrafttreten der Verordnung BGBl II 465/2021 tritt die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) außer Kraft.</i></p> | <p>01.11.2021 § 3 Abs. 2 Z 1: 15.11.2021</p> | <p>15.11.2021 (lt. BGBl II 465/2021) 12.12.2021 (lt. BGBl. II 459/2021) 30.11.2021 §§ 12 bis 16: 05.12.2021 (lt. BGBl. II 459/2021) 28.11.2021 § 19 Abs. 10: 15.11.2021</p> |
|---|--|---|

| | | |
|---|--|---|
| 456. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (1. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 456/2021 , ausgegeben am 02.11.2021 | 08.11.2021 | <i>unverändert</i> |
| 459. Verordnung, mit der die 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung (3. COVID-19-MV) und die Verordnung BGBl. II Nr. 456/2021 geändert werden (2. Novelle zur 3. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl II 459/2021 , ausgegeben am 07.11.2021 | § 3 Abs. 2 Z 2, § 9 Abs. 2, § 10 Abs. 2 bis 4, § 11 Abs. 3 mit 15.11.2021 § 1 Abs. 2 Z 1 lit. a, c und d mit 06.12.2021 Rest mit 08.11.2021 | 12.12.2021 §§ 12 bis 16 mit 05.12.2021 § 12 Abs. 9 mit 08.11.2021 § 19 Abs. 12 mit 06.12.2021 |

4. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 4. COVID-19-MV

| | | |
|---|------------|---|
| 34. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, erlassen wird (4. COVID-19-Maßnahmenverordnung – 4. COVID-19-MV), BGBl. II Nr. 34/2022 , ausgegeben am 29.01.2022 | 31.01.2022 | 27.02.2022 §§ 13 bis 17: 09.02.2022 |
| 34. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (1. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 34/2022 , ausgegeben am 29.01.2022 | 01.02.2022 | <i>unverändert</i> |
| 38. Verordnung, mit der die Verordnung betreffend Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 ergriffen werden, geändert wird (2. Novelle zur 4. COVID-19-Maßnahmenverordnung), BGBl. II Nr. 38/2022 , ausgegeben am 31.01.2022 | 01.02.2022 | <i>unverändert</i> |

H. COVID-19-VirusvariantenVO (COVID-19-VvV)

| | | |
|---|---------------------------|------------|
| 63. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der zusätzliche Schutzmaßnahmen zur Bekämpfung der Verbreitung von COVID-19 (Virusvariante B.1.351) getroffen werden (COVID-19-Virusvariantenverordnung – COVID-19-VvV), BGBl II 63/2021 , ausgegeben am 10.02.2021 | 12.02.2021 (Tirol) | 21.02.2021 |
| 85. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 85/2021 , ausgegeben am 19.02.2021 | 20.02.2021 | 03.03.2021 |
| 98. Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (COVID-19-VvV) geändert wird, BGBl II 98/2021 , ausgegeben am 03.03.2021 | 04.03.2021 | 10.03.2021 |

Eine Gesamtchronologie zum COVID-19-Maßnahmenrecht finden Sie [hier](#).

Hinweis: Die Zusammenstellung der COVID-19-Maßnahmengesetze und -verordnungen wird vom LVwG Niederösterreich zur Verfügung gestellt.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren/kündigen](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Hans Ebner (LL.M.), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, MMag. (FH) Daniela Ertl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Ilka Kuci, Mag. Karin Schmid-Küllinger, Wiss.-Mit. Laura Weberndorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell einschließlich der Zusammenstellung zum COVID-19-Maßnahmerecht trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.